

DEUTSCHER BUNDESTAG

- Referat PB 2 -

Interparlamentarische Organisationen

Deutsche Delegation in der OSZE PV

- Sekretariat -

Email: britta.hanke-giesers@bundestag.de

Platz der Republik,
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-32830

Fax: (030) 227 -36414

Ergebnisvermerk

Sitzung des Erweiterten Präsidiums der OSZE PV am 18. April 2005 Kopenhagen (Dänemark)

Von deutscher Seite nahmen am Treffen des Erweiterten Präsidiums Abg. Prof. **Gert Weisskirchen** (SPD), Vizepräsident der OSZE PV, und Abg. **Claudia Nolte** (CDU/CSU), Vorsitzende des Dritten Ausschusses der OSZE, teil (Anlage 1: Programm; Anlage 2: News of Copenhagen, Anlage 3: Teilnehmerliste). Auf der Tagesordnung standen **Berichte des Präsidenten, des Generalsekretärs und des Schatzmeisters** sowie Berichte über die Arbeit **der Ad-hoc-Ausschüsse und Wahlbeobachtungsmissionen**. Einen Schwerpunkt bildeten die **Vorbereitungen auf die anstehende Jahrestagung der OSZE PV** in Washington, wobei in der Sitzung die Berichts- und Resolutionsentwürfe diskutiert wurden. Ferner wurden Vorschläge zur Änderung der **Geschäftsordnung** besprochen. Ein Aspekt war auch der mögliche **Beitrag der OSZE PV zur Reformdiskussion der OSZE**.

Bei der **Begrüßung durch den neuen Leiter der dänischen Delegation** verwies **Abg. Kristian Pihl Lorentzen** (Dänemark) auf die neue Zusammensetzung nach der letzten Parlamentswahl, auf die jedoch unveränderte Unterstützung des dänischen Parlaments für die OSZE PV. Trotz aktueller Schwierigkeiten müsse die OSZE eine neue Rolle für sich definieren.

Der **Präsident der OSZE PV**, Abg. **Alcee Hastings**, gab eine kurze Zusammenfassung der Inhalte der Wintertagung¹ (Anlage 4: Redetext) und sprach sich für Treffen mit den Mittelmeerpartnern auch während der Jahrestagung aus. Das Treffen des Präsidiums diene in erster Linie der Vorbereitung der Jahrestagung, die unter dem Thema „30 Jahre seit Helsinki – die anstehenden Herausforderungen“ stehe. Er bemühe sich um eine Live-Übertragung. Die Situation der OSZE sei noch immer besorgniserregend, da keine Einigung über den Haushalt erzielt worden sei. Konflikte in verschiedenen Regionen, Probleme wie Menschen- und Drogenhandel, Massenvernichtungswaffen etc. prägten das Bild. Hastings äußerte seine Enttäuschung über den Bericht von ODIHR über die in den USA stattgefundene Wahlbeobachtung. Weder Vizepräsidentin Barbara Haering (Schweiz), die die Mission geleitet habe, noch der Generalsekretär seien hierzu befragt worden.

Die OSZE mit ihrem breiten Mitgliederkreis sei notwendiger denn je. Als wichtiges Ziel bezeichnete er den Kampf gegen Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass, wobei er auf die Konferenzen in Berlin und Brüssel (2004) einging. In Cordoba werde Anfang Juni diesen Jahres eine Konferenz auf OSZE-Ebene stattfinden. In diesem Zusammenhang dankte er besonders dem Antisemitismus-Beauftragten des OSZE-Vorsitzenden,

¹ Bericht des Delegationssekretariats wurde verteilt und des internationalen Sekretariates liegt jetzt vor (kann angefordert werden)

Abg. **Prof. Gert Weisskirchen** (SPD), für seine Aktivitäten. Die PV wolle ferner einen eigenen Beitrag zu der Reformdiskussion in der OSZE leisten, für die vor kurzem der so genannte Rat der Weisen (panel of eminent persons) eingesetzt worden ist. Hierzu plane man eine Art Kolloquium mit Experten, um entsprechende Vorschläge auch für die Jahrestagung erarbeiten zu können. Aus den Reihen der Präsidiumsmitglieder wurde teilweise Unmut darüber geäußert, dass man hierüber bislang nicht informiert worden sei.

Abg. **Kimmo Kiljunen** (Finnland) berichtete über kürzliche Entwicklungen in Kirgisistan und die Wahlbeobachtung in Kirgisistan und Moldau (Berichte in Anlage 5 und 6). In Kirgisistan habe es eher einen Umsturz als eine Revolution gegeben. Die Parteienstruktur sei unterentwickelt und die Wahl zum Parlament noch nicht abgeschlossen. Die Legimitation des Parlaments sei zweifelhaft. Die Hilfe der OSZE und der PV seien nötig, um das Land weiter voranzubringen, wofür ein Arbeitsplan vorgelegt wurde. Kiljunen schlug einen Zusatztagesordnungspunkt in der Jahrestagung vor; ferner regte er die Verleihung des Medienpreises an einen kirgisischen Journalisten an (Anlagen 7 und 8). In Moldau habe die Regierung keine GUS-Beobachter eingeladen. Die meisten Pflichten nach OSZE-Standards wurden aber erfüllt und die Wahlen überwiegend normgerecht abgehalten.

In der **Präsentation der Berichts- und Resolutionsentwürfe für die Allgemeinen Ausschüsse** erläuterte der Berichterstatter des Ersten Ausschusses, **Pieter De Crem** (Belgien), die PV solle sich mit Drogenhandel im Goldenen Halbmond befassen, der Menschen- und Waffenhandel als Folgeerscheinungen aufweise. Man solle Afghanistan ein Partnerschaftsabkommen anbieten. Weitere Forderungen waren die Auswertung des Forums für Sicherheitskooperation und im allgemeinen eine Reform der OSZE PV, indem man z. B. das Instrument schriftlicher Fragen zulasse, die Wintertagung mit mehr Substanz versehe und ein stärkeres follow up in den nationalen Parlamenten vorsehe.

Vizepräsidentin **Nebahat Albayrak** (Niederlande) unterstrich, man habe sich bereits auf kürzere Berichte und Resolutionen geeinigt. Da Afghanistan kein neues OSZE-Mitglied sei, stehe man hier vor gewissen Problemen.

Vizepräsidentin **Barbara Haering** (Schweiz) bezeichnete den Bericht als gut strukturiert, die institutionellen Reformen sollten jedoch im Plenum besprochen werden, z. B. als Zusatztagesordnungspunkt. Ferner solle man sich nicht nur auf den Goldenen Halbmond konzentrieren. Positiv bewertete sie die Einordnung von Migration als Sicherheitsfrage, die sie mittlerweile geworden sei.

Abg. **Jean-Charles Gardetto** (Monaco), Vizevorsitzender des Ersten Ausschusses, regte die Aufnahme der Beziehungen zu den südlichen Mittelmeerländern in dem Bericht an.

Abg. **Göran Lenmarker** (Schweden), Vorsitzender des Ersten Ausschusses, lobte die Kürze des Berichts und ging auf die Vorbereitung der PV-Vorschläge für das OSZE Panel ein.

Schatzmeister **Jerahmiel Grafstein** (Kanada) lobte ebenfalls die Zielgerichtetheit des Berichts und regte an, Menschenhandel, Drogenhandel etc. einzubeziehen.

Abg. Pieter De Crem (Belgien) antwortete, die institutionelle Reform sei im Ersten Ausschuss richtig angesiedelt, da dies der Ausschuss mit dem höchsten Politikgrad sei.

Für den **Zweiten Ausschuss** erläuterte Berichterstatter **Leonid Ivanchenko** (Russische Föderation), die Wirtschaft bestimme den Alltag der Menschen. Notwendig sei der Schutz der Naturressourcen. Er ging auf die Bedeutung subregionaler Organisationen und der Unterstützung für kleinere und mittlere Betriebe durch internationale Organisationen ein. Ferner bezog er in seine Ausführungen die Problematik der Korruption und den Dialog auch mit Nicht-EU-Staaten sowie die Verbesserung der Situation von Minderheiten ein.

Abg. **Prof. Gert Weisskirchen** (Deutschland, SPD) meinte, auf Seite 5 des Berichts sollten einige Absätze überdacht werden, die nicht direkt mit Wirtschaft zu tun haben (es geht um die kritische Betrachtung von NATO-Erweiterung, EU-Erweiterung, doppelte Standards und Schwerpunkte der OSZE-Arbeit „östlich von Wien“). Dem schloss sich auch Abg. **Igor Ostash** aus der Ukraine an.

Für den **Dritten Ausschuss** erläuterte Berichterstatterin **Anne-Marie Lizin** (Belgien), bei diesem Bericht gehe es um eine Bilanz nach 30 Jahren im Bereich der dritten Dimension. Schwerpunkt seien die Menschenrechte der einzelnen, das Verhalten der Staaten zueinander und im Verhältnis zu den Bürgern. Insgesamt falle die Bilanz positiv aus. In den OSZE-Ländern gibt es überwiegend ausgeprägte Regelungen, was ein Indikator für Rechtsstaatlichkeit sei. Ein wichtiger Teil des Berichts seien die Rechte von Kindern und Internetkriminalität, insbesondere Internetpornografie. Weitere Themen seien Menschenhandel und die Bedeutung von Wahlbeobachtungen, die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs, Terrorismus und der Schutz der Rechte der Angeklagten, wobei sie eine mangelnde Abstimmung der OSZE-Länder in diesem Bereich der Terrorismusbekämpfung beklagte. Bei der Verpflichtung der Staaten gegenüber Individuen sei ein wichtiger Punkt die politische Meinungsfreiheit und die Freiheit, politische Parteien zu bilden und in ihnen zu agieren. In der Diskussion wurde die Thematik Terrorismus problematisiert, der Ausschluss politischer Parteien von der Wahl und die Anregung, nationale Minderheiten als Thema aufzunehmen.

Vizepräsident **Gert Weisskirchen** (Deutschland, SPD) lobte den Bericht, der Modernisierungsprozesse angemessen reflektiere. Er zeige, dass man nachdenken müsse, was mit politischen Strömungen geschehen solle, die die Demokratie ausbeuteten und letztlich ihre politische Arbeit auf gewalttätige Parolen reduzierten. Es sei ein Problem, wenn sich Gruppierungen der Freiheit bedienen, um diese letztlich zu untergraben. Hier müsse man sich fragen, wie man dieser Gefahr begegnen könne.

Vizepräsident **Giovanni Kessler** (Italien) bezeichnete die Diskussion als sehr nützlich, die Resolution bedürfe aber noch der Präzisierung und Zusammenfassung. Vizepräsidentin **Nebahat Albayrak** (Niederlande) regte an, einige Themenkomplexe aus dem Bericht zu entfernen, z. B. Menschenhandel, über den man in vielen Tagesordnungspunkten gesprochen habe.

Abg. **Claudia Nolte** (Deutschland, CDU/CSU), Vorsitzende des Dritten Ausschusses, unterstrich, der Bericht und die Resolutionen seien breit angelegt, was die Herausforderungen deutlich mache, vor denen man in der dritten Dimension stehe. Das Ausklammern bestimmter Bereiche sei deshalb schwierig; Menschenhandel und Minderheitenproblematik gehörten dazu. Allerdings könne man den Bericht straffen und die Struktur insofern verändern, dass man zusammengehörige Punkte stärker zusammenfasse. In der Tat sei Terrorismus grundlegend eher ein Thema für den Ersten Ausschuss, der Schutz der Menschenrechte in diesem Zusammenhang sei jedoch ein Thema des Dritten Ausschusses. Der Ausschluss politischer Parteien sei sehr problematisch. In einem demokratischen Rechtsstaat müssten Kriterien hierfür sehr hoch angelegt werden. Die hierfür erforderlichen Strukturen gebe es aber nicht überall im OSZE-Raum, so dass sich die Frage stelle, wer darüber entscheide. Notwendig sei also eine vertiefte Debatte und eher eine Streichung der Passagen in der Resolution.

Der **Bericht des Schatzmeisters** (Anlage 9) unterstrich die effiziente Arbeit des Sekretariats im Rahmen der Haushaltsvorgaben. Abg. **Claudia Nolte** dankte für den Bericht und fragte nach dem auslaufenden Mandat von Sonderbotschafter Nothelle in Wien, der hervorragende Arbeit geleistet habe. Das Verbindungsbüro sei von besonderer Bedeutung, so dass sie um Auskunft über das weitere Vorgehen in diesem Zusammenhang bitte. Nach einer

Anschubfinanzierung durch den Bundestag sei es nunmehr Zeit für ein Bekenntnis der OSZE PV. Die Perspektive für Mitarbeiter sei ebenfalls ein wichtiger Punkt.

Abg. **Jerahmiel Grafstein** (Kanada) verwies auf die derzeitige Kostenteilung zwischen Österreich (Büro), einem kleinen Anteil der PV und dem großen Anteil des Bundestages für die Entsendungskosten. Generell hoffe er, dass keine Haushaltserhöhung nötig sei, sehe aber eine gewisse Flexibilität. Eine Schließung des Büros sei nicht geplant. Generalsekretär **Spencer Oliver** erklärte, es sei immer noch in der Diskussion, wie mit dem Büro weiter verfahren werde; eine Entscheidung liege noch nicht vor. Es sei aber nicht beabsichtigt, das Büro zu schließen.

Der **Bericht des Generalsekretärs** über die Aktivitäten bezog sich zunächst auf die Findung von Experten für das Kolloquium zur Einspeisung von Vorschlägen der PV zur Reformdiskussion und auf das geplante Mitgliederverzeichnis. Eingehend auf die Nachfolge des Stellv. Generalsekretärs erläuterte Oliver, es lägen zwölf Bewerbungen vor, zwei aus der OSZE selbst. Notwendig sei die Berücksichtigung auch der Geschlechterausgewogenheit. Er habe Tina Schön, bisher Programme Officer, als seiner Meinung nach am meisten geeignete Kandidatin ernannt.

Abg. **Prof. Gert Weisskirchen** fragte nach den anderen Kandidaturen und sprach sich für entsprechende Transparenz bei der Information aus. Präsident **Alcee Hastings** erklärte, die Entscheidung liege beim Generalsekretär und sei getroffen. Vizepräsident **Giovanni Kessler** (Italien) nannte das Verbindungsbüro notwendig. Es sei nicht ausreichend zu sagen, man mache das, was haushaltsrechtlich möglich sei, da es letztlich immer eine Wahl zwischen Prioritäten gebe. Der Generalsekretär könne andere Parlamente ansprechen oder man könne die Stelle über die Versammlung finanzieren. Es sei nicht angezeigt, auf die Arbeit vom Verbindungsbüro unter Leitung von Sonderbotschafter Nothelle zu verzichten. Auch Präsident **Hastings** würdigte die Arbeit des Verbindungsbüros und erklärte die Bereitschaft, das Mögliche zu tun. Abg. **Göran Lenmarker** (Schweden) appellierte, dass die Versammlung für die Jahrestagung ein Papier zum Thema „Zukunft OSZE“ erstellt.

Die Vorbereitungen für die subregionale **Konferenz in Tromsø** (Norwegen) wurden vom stellv. Generalsekretär **Vitaly Ewseyew** dargestellt (Programm Anlage 10). Die **Jahrestagung** in Washington (Programm in Anlage 11) findet vom **1. bis 5. Juli 2005** statt. Zum Gender-Breakfast lädt Gender-Beauftragte **Tone Tingsgard** (Schweden) am Montag, dem 4. Juli ein. Die **Herbstkonferenz** wird in Serbien-Montenegro vom **7. bis 9. Oktober 2005** stattfinden.

Bericht aus den Ad hoc Ausschüssen: Schließlich berichtete der Vorsitzende des Ad hoc-Ausschusses **Göran Lenmarker** (Schweden) zum Konflikt in Nagorni Karabach. Der Konflikt sei nicht eingefroren, sondern aktuell. Er betonte den niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung.

Abg. **Tone Tingsgard** (Schweden) erklärte zu Abchasien, hierüber gebe es nicht viel zu berichten. Zum Gender-Thema sei ein Zusatztagesordnungspunkt in Washington geplant. Sie bereite einen Beitrag der OSZE PV für die VN Sitzung 2006 zum Themenkomplex „Frauen in der Politik“ vor.

Abg. **Anne-Marie Lizin** (Belgien), Sonderbeauftragte für Guantanamo, verwies auf ein Treffen mit dem Botschafter wegen einer geplanten Reise dorthin. Bislang habe sie in Washington nur mit den Vertretern der maßgeblichen Abteilung sprechen können. Sie habe das Gefühl, internationale Missionen werden abgelehnt (Anlage 12: Papiere zu Belarus, ohne Diskussion).

Anschließend stellte Vizepräsident **Giovanni Kessler** (Italien) seine Vorschläge zur **Änderung der Geschäftsordnung** (Anlage 13) vor. In diesen Vorschlägen ist eine Begrenzung der Amtszeit des Generalsekretärs auf max. zehn Jahre ebenso enthalten wie die Forderung nach einer für die Ernennung des Generalsekretärs und stellvertretenden Generalsekretärs gleichen Mehrheit. Vizepräsidentin **Nebahat Albayrak** (Niederlande) bescheinigte dem Vorschlag mehr Transparenz notwendige Mobilität. Das System brauche Wettbewerb und das notwendige Quorum zur Ernennung eines neuen Generalsekretärs dürfe auch nur die absolute Mehrheit sein. Dem gegenüber sprach sich Vizepräsident **Panos Kammenos** (Griechenland) gegen eine zeitliche Begrenzung der Amtszeit aus. Abg. **Claudia Nolte** (Deutschland, CDU) bezeichnete eine Präzisierung der Geschäftsordnung als notwendig. Lt. Artikel 38 lege der Ständige Ausschuss die Vergütung etc. des Generalsekretärs fest, ohne dass es nähere Erläuterungen gebe, so dass Auslegungen und Missverständnisse möglich seien. Gleiches gelte für den Absatz „der Ständige Ausschuss bestätigt (die stellv. Generalsekretäre) - ohne dass geregelt sei, für welche Dauer und unter welchen Bedingungen. Damit gehöre die Geschäftsordnung generell auf den Prüfstand. Die russische Delegation unterstützte die Notwendigkeit dieser Diskussion.

Vizepräsidentin **Barbara Haering** (Schweiz) ging auf das Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und zentraler Handlungsmacht ein. Der Generalsekretär sei gerade bei einer Versammlung, die sich nicht so häufig treffen könne, wichtig, um die Kontinuität zu gewährleisten. Sie habe schon in Sofia über das Mandat Spencer Olivers sprechen wollen, ihr Wunsch sei eine schrittweise Verjüngung des Sekretariats. Sie begrüße die Vorschläge von Giovanni Kessler für klare Regeln und bezeichnete die Frage der Mandatsverlängerung für Generalsekretär Spencer Oliver immer noch als offen. Vizepräsident **Prof. Gert Weisskirchen** schlug vor, nach Artikel 44 einen Unterausschuss zur Befassung mit der Geschäftsordnung einzurichten. Auch die Abgeordneten **Jean-Charles Gardetto** (Monaco) und **Anne-Marie Lizin** (Belgien) sprachen sich für einen solchen Ausschuss aus. Generalsekretär Spencer Oliver verwies darauf, dass auch in anderen Versammlungen keine zeitliche Begrenzung der Mandate vorgesehen sei und die Stabilität des Sekretariats, nicht die politische Wahl im Vordergrund stehe. Der Spielraum zur Ernennung von Stellvertretern sei im Übrigen normal für einen Generalsekretär. Vizepräsident **Giovanni Kessler** (Italien) stellte abschließend klar, mit dem Änderungsvorschlag werde beabsichtigt, dass nach zehn Jahren dieselbe Position nicht noch einmal mit derselben Person besetzt werden könne. Er wolle seinen Vorschlag noch weiter überarbeiten. Es liege dann am Präsidenten, ob er einen entsprechenden Ausschuss einsetze oder nicht.